

keit, ihre Sicht schriftlich ungekürzt darzustellen?

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die Anfragen berechtigt waren, auch wenn sie ein von der SED abhängiges und zu ihrem Schutz aufgebautes, ihr zugeordnetes Organ betraf. Das ergibt sich zuerst aus dem Erleiden der bisher Benachteiligten. Sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, warum man ihnen beispielsweise das berufliche Fortkommen erschwerte oder unmöglich machte, warum man sie überwachte oder gar inhaftierte. Diese Anfragen sind vor allem stellbar, weil mit dem Untergang der DDR die einzigartige Möglichkeit besteht, hierfür eine Fülle von staatlichem Material, einschließlich der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, kontrollierend heranzuziehen.

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt ist für die Befragung bzw. Beteiligung ehemaliger Funktionäre bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit wichtig: Ihr Fachwissen ist durch kein Aktenstudium zu ersetzen. Wir wissen trotz unvergleichlich reichhaltiger Aktenbestände zu wenig von den Denkbelegungen ehemals Verantwortlicher. Ferner gibt es Traditionszusammenhänge und interne Abläufe, die nur mündlich überliefert wurden. Es ist eben nicht alles schriftlich geronnen – trotz der riesigen Aktenberge. Nicht alle Hintergründe erschließen sich aus ihnen. Außerdem ist der Aktenbestand nicht vollständig erhalten, vor allem konnte die Hauptverwaltung Aufklärung vieles vernichten.

## VERSUCH ZUR WAHRHEITSFINDUNG

Nehmen ehemals Verantwortliche an dem Prozeß der Rückbesinnung teil, ist allerdings kritisch zu fragen, ob sie diese Lücken zu schließen bereit sind, versuchen sie doch möglicherweise, sich selbst, ihre IM und das MfS in Schutz zu nehmen. Einem weiterführenden Beitrag ehemaliger Mitarbeiter aus SED und MfS stehen ferner mögliche strafrechtliche Konsequenzen entgegen, solange nicht eindeutig geklärt ist, ob und in welcher Weise ihr Tun vor Gericht verhandelt werden wird. Es wäre töricht, das übersehen zu wollen. Aber den Versuch zu unterlassen, sie in das Gespräch zur Wahrheitsfindung einzuziehen, bessert nichts.

Es gibt ja bei einigen die Bereitschaft zu diesem Gespräch. Und das nicht um der Desinformation, sondern um der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit willen. Andere wollen gerade mit denen diskutieren, die in der DDR benachteiligt bzw. verfolgt waren, um deren Motive zu erkunden und so aus einer ihnen bisher verschlossenen Sicht Abstand zu ihrer eigenen Vergangenheit zu gewinnen. All diese sollten die Möglichkeit erhalten, ihre Verhaltensweise zu reflektieren und neu gewonnene Erkenntnisse einzubringen. Trotz aller kritischer Beurteilung der Aussagen von Zeitzeugen bleibt daher ihre Mitwirkung bei der Erhellung der Vergangenheit unverzichtbar, andernfalls muß diese einseitig bleiben.

Die Medien brachten in der Anfangszeit des Umbruchs, 1989 und 1990, sehr emotional geprägte Beiträge zu dem Thema. Es ging neben der Aufdeckung auch um Sensation